

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Dienstag, den 28. Januar 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Flucht der Bolschewiki aus Petersburg.

Ein Telegramm aus Stockholm berichtet, daß die Räumung Petersburgs erfolgt sei.

Eine bolschewistische Versammlung in England.

Amsterdam, 27. Januar. Dem „Allgemeinen Handelsblatt“ zufolge berichtet die „Times“, daß am 18. Januar in London eine bolschewistische Versammlung abgehalten wurde.

Völkerbund und Neutrale.

Paris, 28. Januar. Holländisch Neuweltbureau meldet aus Paris: Bei der Besprechung über die Probleme des Völkerbundes hat sich durch die neuerdings vorgebrachten Wünsche der Neutralen eine neue Situation ergeben.

Ende der Gegenrevolution in Portugal.

Lissabon, 27. Januar. (Savos.) Die blutigen Aufständischen wurden verhaftet und gefangen gesetzt. Die revolutionäre Bewegung ist zu Ende.

Kämpfe in Posen.

Bromberg, 28. Januar. (Amtlich.) Wilhelmshorst wurde am 27. Januar nachmittags von etwa 50 Polen mit einem Maschinengewehr angegriffen.

Die Internationale in Bern.

Bern, 27. Januar. Bis hier sind beim Organisationskomitee der hiesigen Sozialistenkonferenz 40 Delegationen mit 120 Mitgliedern angemeldet worden.

Veröffentlichung. Im Leitartikel unserer heutigen Morgenausgabe ist im zweiten Absatz das Schlusswort der Denkschrift des Staatssekretärs Dr. Preuß wiedergegeben.

Wahlergebnisse.

Stadtbezirk Berlin. Es fehlen noch 6 Wahlbezirke. Mehrheitssozialisten 341 400, Unabhängige 260 264, Dem. 142 652, Deutschnat. Volksp. 51 602, Deutsche Volksp. 97 045, Christl. Volksp. 52 291, Reformier 14, ungültig 2301.

Zeltow-Weedtow.

Teilergebnis. Sozialdemokraten 212 551, Unabhängige 107 114, Dem. 108 497, Deutschnat. 74 154, D. Volksp. 52 852, Christl. Volksp. 20 014.

Aus Niederbarnim.

Freibriefsche. Sozialdemokraten 1202, Unabhängige 3000, Dem. 478, Deutschnat. Volksp. 338, Deutsche Volksp. 400, Christl. Volksp. 205. Alt-Handberg. Sozialdemokraten 576, Unabhängige 75, Dem. 126, Deutschnat. Volksp. 1244, Deutsche Volksp. 52, Christl. Volksp. 9. Rabisdorf. Sozialdemokraten 1437, Unabhängige 471, Dem. 681, Deutschnat. Volksp. 319, Deutsche Volksp. 40, Christl. Volksp. 57. Hermsdorf a. d. Nordbahn. Sozialdemokraten 1109, Unabhängige 751, Dem. 615, Deutschnat. Volksp. 459, Deutsche Volksp. 642, Christl. Volksp. 328. Lichtenberg. Unabhängige 27 978, Sozialdemokraten 25 572, Dem. 7642, Deutsche Volksp. 5705, Christl. Volksp. 8083, Deutschnat. Volksp. 2631. Reinickendorf-West. Unabhängige 3758, Sozialdemokraten 1928, Dem. 753, Deutsche Volksp. 406, Christl. Volksp. 177, Deutschnationale Volksp. 143. Oberschönweide. Unabhängige 4755, Sozialdemokraten 4500, Dem. 1457, Christl. Volksp. 872, Deutschnat. Volksp. 568, Deutsche Volksp. 101.

Aus der Mark Brandenburg.

Härstenwalde. Mehrheitssozialdemokraten 5937, Demokraten 2322, Deutschnational 1451, Unabhängige 541, Deutsche Volkspartei 146, Christliche Volkspartei 291. Rosibus. Mehrheitssozialdemokraten 13 032, Demokraten 8623, Deutschnational 1241, Deutsche Volkspartei 1500, Unabhängige 694, Christliche Volkspartei 591. Großen. Mehrheitssozialdemokraten 1597, Demokraten 1030, Deutsche Volkspartei 574, Deutschnational 553, Christliche Volkspartei 64, Unabhängige 0. Forst i. L. Mehrheitssozialdemokraten 11 676, Demokraten 4750, Deutschnational 732, Deutsche Volkspartei 516, Christliche Volkspartei 459, Unabhängige 380. Küstrin. Mehrheitssozialdemokraten 3461, Demokraten 2900, Deutschnational 1631, Christliche Volkspartei 370, Deutsche Volkspartei 123, Unabhängige 0. Jülich. Mehrheitssozialdemokraten 1269, Demokraten 1044, Deutschnational 650, Deutsche Volkspartei 228, Christliche Volkspartei 183, Unabhängige 0. Rauen. Mehrheitssozialdemokraten 1460, Demokraten 1280, Unabhängige 600, Deutschnational 339, Deutsche Volkspartei 303, Christliche Volkspartei 88.

Aus den Städten.

1. Wahlkreis. Regierungsbezirk Oberpreußen bis 27. 1. 9 Uhr abends. Deutsch-Demokratische Partei 103 398 Stimmen, voraussichtlich 4 Sitze, Mehrheitssozialdemokraten 264 478 Stimmen, voraussichtlich 10 Sitze, Christliche Volkspartei 27 315 Stimmen, voraussichtlich 2 Sitze, Soldatenliste 24 050 Stimmen, voraussichtlich keinen Sitz, Deutsche Volkspartei 55 642 Stimmen, voraussichtlich 2 Sitze, Deutschnationale Volkspartei 78 052 Stimmen, voraussichtlich 3 Sitze, 12 Kreise fehlen noch. 8. Wahlkreis Provinz Posen. Amtliches Ergebnis der Nationalwahl. Deutschnationale Volkspartei 110 502 Stimmen und 5 Sitze, Deutsche Demokratische Partei 72 266 Stimmen und 3 Sitze, Deutsche Volkspartei 54 883 Stimmen und 3 Sitze, Sozialdemokratische Partei 55 297 Stimmen und 2 Sitze (gewählt Gewerkschaftssekretäre Wilhelm Schulz-Bromberg und Paul Eiseffel-Bromberg), Christliche Volkspartei 33 640 Stimmen und 1 Sitz.

Großer Wahlsieg zum mecklenburgischen Landtag.

Mossau. Bei den Wahlen zum verfassungsgebenden mecklenburgischen Landtag verteilten sich die Sitze nach den vorläufigen Wahlergebnissen wie folgt: Sozialdemokratische Partei 31, Deutsch-Demokratische Partei 18, Deutschnationale Volkspartei 3, Deutsche Volkspartei 3, Mittelparagraphen 1, Partei-Bund 1 und außerdem noch 2 Sitze für die verbündeten Listen der bürgerlichen Parteien des dritten Wahlkreises.

Die Wahlen zur hessischen Landesversammlung.

Die jetzt liegt das Wahlergebnis von 228 Gemeinden zur hessischen Landesversammlung vor: Es erhielten: Sozialdemokraten 67 165, Unabhängige 3313, Demokraten 22 549, Deutsche Volkspartei 10 180, Hessische Volkspartei 13 633, Zentrum 21 700 Stimmen.

Zur Krise im Eisenbahnbetrieb.

Schon während des letzten Kriegsjahres war der Eisenbahnbetrieb das Schmerzenskind des deutschen Wirtschaftslebens. Die übergroße Inanspruchnahme des rollenden Materials und seine Verteilung auf die besetzten Gebiete, die Unterstützung des durch Desorganisation gelähmten österreichischen Verkehrs und die Beschädigung des Balkans stellten so ungeheure Anforderungen, daß man in Deutschland mit einem geringen Teil der tatsächlich vorhandenen Wagons und Lokomotiven auskommen mußte.

Ein weiteres Moment von schwerwiegender Bedeutung war die Materialfrage. Dem reisenden Publikum fiel es nur unangenehm auf, daß die Biige im Winter nicht mehr geheißt werden konnten, weil das für die Schläuche notwendige Material fehlte. Ein betriebstechnisch viel schwerwiegenderer Mangel war es aber, daß man kein Kupfer zur Verfügung hatte. Das einzige brauchbare Material für die Feuerbüchsen, die der Lebensnerv der Lokomotiven sind, ist aber das Kupfer. Man machte tiefertraurige Erfahrungen mit eisernen Feuerbüchsen und reparierte sogar solche aus Kupfer, indem man eiserne Platten einsetzte, was natürlich nur zu ständigen Defekten und Betriebsstörungen Anlaß gab.

Während in Friedenszeiten das rollende Material bereits bei geringen Schäden in den Reparaturstand kam, mußte während der Periode der Ueberlastung alles bis zur völligen Betriebsunbrauchbarkeit strapaziert werden, ehe es in die Werkstätten eingeliefert wurde. Die verminderte Betriebsfähigkeit der im Betriebe befindlichen Lokomotiven zwang daher fortgesetzt die Eisenbahnbewirtschaftungen die Zuggeschwindigkeiten herabzusetzen, wodurch wiederum eine Verminderung der verkehrenden Biige bedingt wurde. Obgleich die Begrenzung des Reparaturstandes erheblich erweitert worden war, schwoß diese rapide an. Zwar war die Leistungsfähigkeit der Werkstätten erheblich vergrößert worden, doch das reichte noch nicht aus. Der im Jahre 1914 ungefähr 18 Proz. des rollenden Materials ausmachende Reparaturstand war im Oktober 1918 auf über 32 Proz. gestiegen. Dies war zweifellos schon eine recht bedenkliche Entwicklung.

Man konnte dabei aber immerhin noch den an die Eisenbahn zu stellenden Ansprüchen mit Anstrengung einigermaßen entsprechen. Es ging nicht gut, aber es ging doch wenigstens noch. — Da kam die Revolution und der Waffenstillstand.

Nach den Waffenstillstandsbedingungen ist ja ein großer Teil der Lokomotiven und Wagons an die Ententemächte abzuliefern. Was aber weniger bekannt ist, ist der Umstand, daß die Abnahmebedingungen der Feinde so stark sind, daß heute fast gar kein rollendes Material in Deutschland existiert, das die Abnahmeprüfung bestehen kann. Alles muß vor der Ablieferung erst gründlich repariert werden. Dann aber wird auch noch ein großer Teil als nicht den Bedingungen entsprechend zurückgewiesen und wandert wieder vom Westen aus zurück in die verschiedenen Werkstätten, sofern es nicht auf dem Rückwege wegen des herrschenden Mangels angehalten und erst wieder in Betrieb genommen werden muß. Dadurch wird naturgemäß die Ablieferung behindert. Es geht aber nicht anders, da sonst eine völlige Stauung eintreten würde, die selbstverständlich die ganze weitere Ablieferung unmöglich machen würde.

Der teilweise ungeordnete Rückzug im Osten, der Rosen-einstall in die Provinz Posen, der Zusammenbruch am Wallon und die wilde Staatenbildung auf dem Gebiete der ehemals österreichisch-ungarischen Monarchie hat Deutschland aber auch das ganze in den Gebieten zurückgeliebene Material gekostet. Ein unvorstellbar, bis heute noch nicht siffernmäßig feststellbarer Wagnis- und Lokomotivverlust ist anzuschließen und muß als verloren betrachtet werden. Deutschland ist momentan sehr arm an rollendem Material und soll noch immer mehr an die Entente liefern. Was man das führen kann, ist sehr fraglich. Die einzelnen Eisenbahndirektionen können ihre Bestände nicht übersehen, denn alles ist durcheinander. Im Ort und Stelle angekommen werden Wagons wie Lokomotiven immer gleich weiterverladen, ohne daß eine Kontrolle besteht. Sie haben Bestimmungskarten auszufüllen. Man ist in Not und daher kommen Herrens Räder zu reihen, nur um die momentanen kritischen Lücken auszufüllen. Das ist im höchsten Grade be-

denklich. Geradezu erstaunlich ist es, daß bei dieser kritischen Situation der Apparat überhaupt noch weiterarbeiten kann.

Die größte Gefahr ist natürlich die Kohlennot. Eiserne Bestände bestehen bei allen Eisenbahndirektionen. Da aber von den Bergwerken keine oder nur lächerlich geringe Lieferungen erfolgen, was bei den Streiks selbstverständlich ist, werden diese Bestände immer mehr angegriffen und sind jetzt ihrer Erschöpfung nahe. Der günstigste Kohlenbestand, den einige westdeutsche Direktionen aufzuweisen haben, reicht nur noch für 16 Tage Betrieb aus, während in Ostdeutschland und im Nordosten nur noch für 12 und sogar für 9 Tage Kohle vorhanden ist. Sind diese Vorräte erschöpft, dann kommt die Betriebs Einstellung, der Hunger und das unübersehbare Elend. Den Hunger, der nur auf die wahnwitzigen Streiks beruht, die in der Revolution nur eine große und wilde Lohnbewegung erblicken, zurückzuführen ist, muß vermieden werden. Ob es noch Zeit dazu ist, kann man im Augenblick nicht genau wissen. Jedenfalls kann uns nur noch die angestrengteste Arbeit vor der Katastrophe retten. Wehe, wenn das Unglück eintritt, daß die Streiker erst dann arbeiten wollen, wenn sie durch den Zusammenbruch der Wirtschaft, und der ist bei Eintritt der Verkehrskatastrophe unausbleiblich, jeder Arbeitsmöglichkeit beraubt sind!

Arbeit hebt die Not.

Verammlung der S. P. D. Arbeiterräte.

Eine gestern abend im Herrenhause abgehaltene Versammlung der auf dem Boden der S. P. D. stehenden Funktionäre und Arbeiterräte beschäftigte sich unter anderem mit Fragen der gegenwärtigen wirtschaftlichen Notlage.

Ein Vertreter des Demobilisierungsamtes bezeichnete es als das dringendste, daß Kohlen gefördert und die für die Sicherung unserer Ernährung notwendigen landwirtschaftlichen Arbeiten vorangetrieben werden. In den Schützengräben — sagte der Redner — ist seit Jahren gesagt worden, lieber wollen wir Kohlen schippen und sonst etwas tun, als dies Elend in Schmutz und Schlamm fortsetzen. Jetzt sollten die Arbeitsschichten in den Großstädten dies Wort wahr machen. Was sie damals unter der Regierung Wilhelms tun wollten, das sollten sie jetzt für die Rettung der deutschen sozialistischen Republik tun: Hinausgehen aufs Land und in die Bergwerke, soweit sie nicht zwingende Gründe hindern. — In den gegenwärtigen Lohnbewegungen sagte der Redner, solche Forderungen, wie jetzt gestellt werden, seien ja im Hinblick auf die Leuerung begründet, aber auf die Dauer könnten sich die Löhne nicht auf dieser Höhe halten. Ein Abbau der hohen Preise sei erst möglich, wenn die Löhne wieder auf eine gesunde Basis gestellt werden.

Die Diskussionsredner erkannten die Pflicht zur Verrichtung der für das Volkwohl notwendigen Arbeiten grundsätzlich an. Bemerkenswert wurde jedoch, wenn die Arbeiter aus den Großstädten in die Bergwerke und in die Landwirtschaft gehen sollen, dann müßten sie die Gewähr haben, daß ihnen dort angemessene Löhne gewährt werden, und sie müßten Gelegenheit haben, die Arbeitsbedingungen vor Annahme der Arbeit kennen zu lernen. — Folgende Resolution wurde angenommen:

Wenn unsere Industrie und das ganze Geschäftsleben wieder in geordneten Gang kommen sollen, ist es in erster Reihe notwendig, die Arbeitslöhne so abzubauen, daß sie den Löhnen der mit uns konkurrierenden Länder entsprechen, um so der deutschen Industrie die Konkurrenz auf dem Weltmarkt zu ermöglichen. Gleichzeitig müssen aber auch die Preise der notwendigen Lebensmittel und Bedarfsartikel so herabgesetzt werden, wie sie der Lage des Weltmarktes entsprechen.

Die Versammlung erklärt, daß sie die Regierung, zu der sie volles Vertrauen hat, auf diesem Wege vorwärts treiben will, um so schnell wie möglich zu geordneten Zuständen zu kommen.

Stresemann gratuliert.

Guldigung der Deutschen Volkspartei in Amerongen.

Die Deutsche Volkspartei hat zum Geburtstag des Exzellenz folgenden Telegramm abgeandt:

An Seine Majestät Kaiser Wilhelm, Amerongen, Holland. Eurer Majestät sendet die Deutsche Volkspartei zum 60. Geburtstag ehrfurchtsvolle Glückwünsche. Wir würdigen in Dankbarkeit die Arbeit, die Eure Majestät getreu dem Ausspruch: „Kaisertum ist Dienst am deutschen

Stadtwanderung.

Ein milder, vorfrühlingshafter Januarius. Dünne, bleiche Schneeflocken kammeln durch die Luft. Die Straßen dampfen. Silberne Nebelschwaden heben und senken sich. Hier und da bildet der fallende Schnee kleine weiße Flecken, die sich bald im Wasser auflösen.

Inmitten eines breiten Menschenstromes gehe ich die schnurgerade Promenadenstraße hinan. Der Massenritt der Fußgänger läuft dumpf und höhl in den Straßengängen. Der kreisende, donnernde Verkehrslärm fehlt, der Verkehr ruht. Streik der Kraftwagenarbeiter. Nur ab und zu humpelt, tragt ein Gespann dahin, den Chorus des Massenritzes, das Gemurmel und Gesumme der Tausende überhörend.

Schönhauser Tor! Man steht wie am Rande einer togenden See. Das Hin und Her der Massen verdrängt sich. Zur Linken regt sich das erbe, geräuschige Rau des Volksbeaters, um ihn fröhlich und kräftig es, nach allen Richtungen streben die Menschen. . . In der Alten Schönhauser Straße bewegt sich Trage und ein schwarzer Strom. Je mehr man sich der Ringstraße nähert, desto dichter wird die Masse. An der Kreuzung, wo die Alte Schönhauser Straße die Müng- und Weinmeisterstraße durchschneidet, stauen sich die Menschenströme wie in einer Talsperre.

Welch ein Gewoge und Getriebe! Man braucht einige Zeit, um sich in diesem wimmelnden Ameisenhaufen zurechtzufinden. Die Weinmeisterstraße ist ein wüster, lebendiger Anmel; gebellt, gepörscht stehen die Menschenleiber stumm und aneinander, schieben und pressen sich, debattieren, gestikulieren. Männer und Frauen, Soldaten und Zivilisten, Juden und Christen, Händler und Käufer, Schieber, Hehler, Spieler, Weisende, unläuteres, im Trüben stehendes Geschindel und harmlos Neugierige. Die Hauptsache aber ist der Handel, der — Schleißhandel, Bücher und offener Betrug. Bommel wird hier gehandelt! Immer noch Uniformstücke, Dedes, Schuhe, Jibillkleidung, Zigarettens, Zigaretten, Wäsche, Hosenträger, Konserven, Wurst, Fleisch, Spirituosen — Dinge, die entweder streng rationiert sind oder größten Seltenheitswert besitzen, Dinge, die der Verkäufer nicht rechtmäßig, sondern auf dunklen Umwegen erworben hat. Fabrikpreise werden gegahlt, märchenhafte Summen werden umgesetzt. Die Geldscheine flattern nur so. Auf offener Straße wird dem Glücksspiel gestreut. Wahre Spielhöllen sind die Hausflure und Treppen. Das ganze Treiben ist ein Kultus der niedrigsten Instinkte, des Materialismus, der Habsucht und Brutalität. Gauner und Lumpenproletarier, in der Stille des Krieges massenhaft herangezogen, durch die herrschenden Verhältnisse begünstigt, haben den Stadtteil zu einer Art wilder Börse gemacht, eine unheimliche Improvisation, die nur aus der Gegenwart, dem wirtschaftlichen Zusammenbruch Deutschlands,

Volke“ in mehr als dreißigjähriger Tätigkeit für das Deutsche Reich und das deutsche Volk geleistet haben. In Erinnerung an die ersten Worte des alten nationalliberalen Parteiprogramms: unverbrüchliche Treue für Kaiser und Reich, gedenken wir der großen Zeit, die Deutschland und Preußen unter der Hohenzollernherrschaft durchlebt haben. Wir würdigen Eurer Majestät von ganzem Herzen zu sein, daß Millionen Deutscher mit uns auch unter den neuen Verhältnissen und auf neuer Grundlage des Staatslebens stets das Bekenntnis zum monarchischen Gedanken hochhalten und sich gegen jede würdelose Abkehr von den hohen Idealen des deutschen Kaisertums und preußischen Königtums wenden.

Staatsminister a. D. Heinz. Oberpräsident Dr. von Richter. Dr. Stresemann.

Daß so angesprochene Konjunkturpolitiker wie die Nationalliberalen sich auf das monarchistische Bekenntnis einstellen, muß alle Gegner der Monarchie in Deutschland stutzig machen. Der Royalismus beginnt hier stark, seine Blüten zu entfalten. Sein Kennzeichen von Anfang an aber ist eine unerträgliche Gehelei, denn die Herren, die den „unglücklichen Mann in Amerongen“ angratulieren, denken über ihn ganz anders, als sie telegraphieren. Seit vielen Jahren hat es über die Eignung Wilhelms II. zum Staatsoberhaupt unter den politisch unterrichteten Deutschlands überhaupt keine Meinungsverschiedenheit gegeben, ebensowenig darüber, daß die irrlüchtelnde Tätigkeit des geistig absonderlich gearteten Menschen den schmidenden Namen „Arbeit“ in keiner Weise verdient.

Es liegt uns nicht, auf Gestürzte noch loszuschlagen. Wenn aber die Monarchisten durchaus die Persönlichkeit Wilhelms II. zum öffentlichen Kampfsobjekt machen wollen, so werden sie sich auch nicht beklagen dürfen, wenn über den Gegenstand ihrer Huldigungen noch einmal recht gründlich die Wahrheit gesagt wird.

Kriegsopfer hinter der Front.

Einwirkung des Krieges auf das Leben der Invaliden und Altersrentner.

Der Geschäftsbericht der Landesversicherungsanstalt Berlin für 1917, der soeben erst erscheint, eröffnet erschütternde Einblicke in die Leiden des Volkes während der Kriegszeit.

Unter der Rubrik „Einwirkung des Krieges“ sind die gewaltig gestiegenen Abgänge durch Tod bei den Altersrentnern verzeichnet. Starben im Jahre 1916 bei 5879 lebenden Altersrentnern 250, so stieg die Todesziffer im Jahre 1917 bei 7388 Lebenden auf 644. Es vermehrte sich die Zahl der Altersrentner um etwa 28 Proz., während die Zahl der Todesfälle um nahezu 160 Proz. zunahm! Wenn auch die verhältnismäßig kurze Zeit, die seit der Herabsetzung der Altersgrenze für Altersrentner verstrichen ist, kein absolut klares Bild auf Grund der Ziffern gestattet, so offenbaren diese trockenen Zahlen doch schon eine erschreckende Summe menschlichen Elends. Der Hungertod hat namentlich unter der alten Generation der Arbeiterklasse reiche Ernte gefaltet.

Aus der unzureichenden Ernährung erklärt sich auch die vergleichsweise hohe Ziffer bei der Umwandlung der Altersrente in — höhere — Invalidenrente. Um diese zu erlangen, ist der Nachweis der Invalidität, ohne Berücksichtigung der Alterserscheinungen, erforderlich. Im Jahre 1917 wurden 225 Altersrentner in Invalidenrenten umgewandelt, gegen 77 im Vorjahr! Also eine Vermehrung um mehr als 200 Proz., gegenüber einer Vermehrung der Zahl der Altersrentner um 28 Proz.

Auch bei den Invalidenrentnern, die ja zum übergroßen Teil aus erheblich jüngeren Rentnern bestehen, hat der Tod in weit größerem Umfang wie bisher aufgeräumt. Es sind 4931 Invalidenrentner gestorben, gegenüber 3223 im Jahre 1916, das ist eine Steigerung in einem Jahre um mehr als 50 Proz.! Und das, obwohl die Zahl der Invalidenrentner von 34 063 auf 32 803 im selben Zeitraum gesunken ist! Als Todesursache spielt namentlich auch die Bungsanschwindel eine Hauptrolle. Die Zahl der Erkrankungen an Schwindel ist von 708 im Jahre 1916 auf 960 im Jahre 1917, also um 232 oder mehr als 33 Proz.

entstehen konnte. Aber man soll deshalb diese Symptome und Tempelgänger der Revolution nicht etwa ungehindert gewähren lassen, Zwangsmaßnahmen, möglichst schmerzlose, müssen zur Anwendung kommen, um diesen dunklen Umtrieben ein Ende zu bereiten.

Angeichts des grandiosen Menschenverlustes durch den Krieg könnte man über diese gewaltige Menschenfülle erstaunt sein, wenn man nicht wüßte, daß die großen Produktionswerkstätten halb oder ganz verödet sind. Die Volkswirtschaft schreit vielfach nach Arbeitskräften, während in den Straßen der Hauptstadt Hunderttausende müßig gehen, die letzten Vorräte aufzehren und zu einem großen Teil in der Unmoral verfallen. . . . Mühsam drücke ich mich nach der Gormannstraße durch, deren Enge die andrängenden Massen kaum zu fassen vermag. Der städtische Arbeitsnachweis ist delagert. Jeder ist froh, wenn er sich durchgewunden und den notwendigen Stempelabdruck auf seiner Karte hat. Arbeit — offene Stellen? Nur spärlich werden sie ausgerufen und noch spärlicher angenommen. Wer möchte wohl heute Berlin verlassen und nach „außenwärts“ abziehen? Ach, Berlin bietet noch zuviel des „Söhnen“.

Wieder in der Ringstraße, zum Alexanderplatz. Hälzerwanderung. Halb Berlin dümmelt gedankenlos. Man schiebt und läßt sich schieben, plaudert und lachelt, als ob weder Krieg noch Revolution gewesen sei. Händler reiht sich an Händler. Schreiend, dicht umringt, werden die Waren feilgeboten, in der Regel Land und Erntemittel zu den höchsten Preisen: Hustenbonbon, Postkarten, „echte Feitfeife“ und „echt türkische Zigaretten“. Der Alexanderplatz ein wogendes Menschenmeer. Die Reihchen der Händler wollen kein Ende nehmen. Produziert auch Berlin nicht nennenswert, so handelt es doch desto eifriger — es verkauft seine Konkurrenzmassen. Bestimmte Leierkästen machen eine laienjämmerliche Musik dazu. In diesem tollhässlichen Weibse muß ich an die Nephistorie Goethes denken; dem darin geschilderten Zustand scheint Berlin bedenklich nahe zu sein:

Ich freule mich am Kollertischen,
Am ewigen Hin- und Wiederrufen,
Am ewigen Hin- und Wiederlaufen,
Zerstreuter Ameis-Wimmelhausen.

Wenn wird sich Berlin wieder aus dem zerstreuten Ameis-Wimmelhausen zu einer ordentlichen, tüchtigen, arbeitsamen Stadt erheben? Im ureigensten Interesse der Berliner ist es nur zu wünschen, daß diese Umkehr von einer verderblichen Bahn schnell vor sich geht.

Notizen.

— Mehrere Institute für Textilforschungen werden gegründet werden. Ein Institut in Berlin-Dahlem soll sich speziell mit den biologisch-chemischen Forschungen befassen. Ein

gestiegen. Der Krieg hat uns um Jahrzehnte in der Entwicklung dieser Proletarierfuche zurückgeworfen!

Zum erstenmal seit Bestehen des Reiches übersteigt in Berlin die Zahl der weiblichen Invalidenrentner die der Männer; 16 434 Frauen stehen 16 360 Männern gegenüber! Eine ungeheure Anklage gegen die bisher herrschenden Gewalten, welche die unbeschränkte Ausbeutung der weiblichen Arbeitskraft zuließen, namentlich während des Krieges, wo alle gesetzlichen Schranken gegen den Prolet der sozialdemokratischen Fraktionen aufgehoben waren.

Bei den Invaliditätsursachen fällt die hohe Ziffer der Krankheiten der Muskeln und Gelenke besonders bei Männern auf. Von insgesamt 4832 sind es 2201, also 46 Proz. 1916 waren es allerdings 53 Proz., während es 1915 14 Proz. und 1914 gar nur 10 Proz. waren. Die große Mehrzahl davon sind kriegsbeschädigte Invalidenrentner, die offenbar in den Schützengräben und in den mangelhaften Unterkünften chematische Giften, die zur Invalidität geführt, sich geholt haben. Von 6889 Anträgen auf Invalidenrente rückten 3123 allein von kriegsbeschädigten her!

Junkerprotest gegen gleiches Wahlrecht.

Der schellierende Oberpräsidialrat.

In der konservativen Presse erlöst der Oberpräsidialrat Hrdr. v. Malchow einen flammenden Protest gegen die Verordnung der preussischen Regierung, nach der die Gemeindevertretungen bis zum 2. März auf Grund des allgemeinen Volkswahlrechts zu erneuern sind. Nach Herrn v. Malchow soll diese Verordnung einen „Akt der Willkür, des Absolutismus“ darstellen, in einer Form, wie sie selbst in den Zeiten des monarchischen Absolutismus des 18. Jahrhunderts nicht allgemein üblich war.

Damit hat Herr v. Malchow allerdings recht. Dem monarchischen Absolutismus des 18. Jahrhunderts ist es freilich nicht eingefallen, das Volk zum Herrn seines eigenen Schicksals zu machen! Aber höchst possierlich wirkt der Junkerprotest gegen seine Befreiung auf:

Wie stellt sich das preussische Volk diesem Absolutismus des sozialistischen Regiments gegenüber? Soll und will es sich solche Akte der Diktatur fröhlich gefallen lassen? Soll und will das Volk es ruhig und widerspruchslos hinnehmen, wenn eine weder vom Volk gewählte noch von gesetzlich dazu befugter Stelle eingesetzte Regierung eigenmächtig ihm derartige Verordnungen als Gesetz oktroyiert?

Wenn eine Regierung dem Volke anheimgibt, über sich selbst nach freier Entscheidung zu verfügen, so ist das nach der Meinung des Herrn Oberpräsidialrats ein „Akt der Diktatur“.

Aber das Beste kommt zum Schluß. Herr v. Malchow buchst die Beamten auf, sich solchen ungeheuerlichen Maßnahmen nicht „ohne Widerpruch“ zu beugen und erklärt persönlich:

Ich als aktiver preussischer Beamter vermag dies nicht zu tun und kann meinerseits nicht anerkennen, daß durch einen solchen ohne Beschlußfassung irgendeiner Volksvertretung vollzogenen Akt der Regierung, der sich auch nicht als später gesetzlich sanktionierende Notverordnung kennzeichnet, preussische Gesetze rechtsgültig abgeändert sind; und wenn man mir etwa zum Vorwurf machen sollte, daß ich durch Veröffentlichung dieses Protestes gegen die Beamten Disziplin verstoße, so muß ich demgegenüber erklären, daß ich mich zwar für verpflichtet gefühlt habe und noch fühle, im Dienste des Vaterlandes auf meinem amtlichen Posten zu verbleiben, solange mein Dienst, meine Ehre und mein Gewissen mit dies gestatten, und daß ich unter diesem Vorbehalt die Anordnungen der augenblicklichen „Preussischen Regierung“ als Beamten bisher befolge, daß ich aber die Mitglieder dieser Regierung als meine dienstlichen Vorgesetzten, soweit und solange sie keinerlei auf gesetzlicher Grundlage beruhendes Mandat als solche haben, nicht anzuerkennen vermag und mir deshalb auch das Recht der öffentlichen Kritik gegenüber ihren Maßnahmen nicht vorenthalten lasse.

Diese freiherrliche und oberpräsidialräuliche Logik ist sehr merkwürdig. Herr v. Malchow findet, daß ihm Ehre und Gewissen gestatten, die Anordnungen der Regierung zu befolgen und dafür weiter Gehalt zu beziehen — auf der anderen Seite

gleichartiges Institut in Dresden wird in der Hauptsache chemisch-technologische Forschungen übernehmen. Neben diesen beiden neuen Hauptanstalten werden die bereits in Deutschland bestehenden Lehranstalten für Forschungsinstitute ausgebaut. Dierfür sind in Aussicht genommen: Krefeld für Seide, München-Gladbach und Reutlingen für Baumwolle, Baden für Wolle, Sorau für Leinen und Karlsruhe für Textil-Erfindungen.

— Vorträge. Im Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht, Potsdamer Straße 120, spricht am 20. Januar, 8 Uhr, Prof. Dr. Schläpfer, Halle a. S. über: Die Stellung der Geographie des Menschen in der erdunkelnden Wissenschaft. Einladungen unentgeltlich.

— Ausstellungen. Der Graphiker Rolf Tschöb veranstaltet bei Neuh und Volod, Kurfürstendamm 220, vom 2. Februar ab eine Sonderausstellung.

— Die Volksbühnenbewegung beginnt nun auch in Hamburg festere Umrisse anzunehmen. Ursprüngliche Pläne werden auf eine neue Grundlage gestellt. Sogar eine tiefgreifende Wandlung in der geistigen und künstlerischen Betriebsamkeit der Theater wird als nicht ausgeschlossen bezeichnet. Bevor an den Bau eines eigenen Hauses gedacht werden kann, will die Volksbühne die von ihr geplanten Aufführungen frei von jeder Geschäftsmache über die verschiedenen Theater verteilen. Das Volksbühnenprogramm steht außer guten Theaterstücken auch Vorträge, gemischte Veranstaltungen mit Musik, Vorlesungen und ähnlichen geeigneten Bildungsmitteln vor.

— Das tausendjährige Reich. Robert Reppital hat unter diesem Titel eine neue dramatische Arbeit, ein „Wiederläuferpiel“, in dessen Mitte Johann von Leiden steht, vollendet. Die Dichtung ist jetzt im Verlage der „Reichsburgischen Volkszeitung“ erschienen. Reppital hat bekanntlich mit Franz Strosser das mächtige Landarbeiterdrama „Berthold der Ador“ geschaffen, das vor dem Kriege auf das Programm der Berliner Freien Volksbühne gesetzt, aber noch nicht aufgeführt wurde.

— Das Märchen vom Schlaraffenland. Aus Trier wird geschrieben: In vielen Teilen des unbesetzten Reiches herrschen wunderliche Verhältnisse von den neuen Lebensverhältnissen der Bevölkerung im besetzten Gebiet. In den Provinzen, so heißt es, führen die Menschen ein „Schlaraffenleben“. Gerüchte verbreiten, daß die Amerikaner die ganze Stadt und einen Teil der Landbevölkerung mit Lebensmitteln versorgen, daß in allen Stadtvierteln Verkaufsstellen eröffnet seien, in denen Lebensmittel aus Friedenszeiten zu Friedenspreisen verkauft würden. Kaffeebohnen, Schokolade, Seife, Reis, Kakao, Fett und Apfelsinen solle man in bestlicher Menge dort kaufen dürfen. . . .

Viele Neugierige haben sich infolgedessen auf die Reise gemacht, um das „Wunderleben“ dieser bevorzugten Menschen selbst zu schauen. Unterwegs ist ihre Neugier schon bestraft worden. Die meisten haben die Erlaubnis, in besetztes Gebiet zu reisen, überhaupt nicht erhalten. Man hat sie schweigend dorthin zurückgeführt, von wo sie kamen. Jede unnütze Reise ist untersagt. Passierscheine, Ausweispapiere und beglaubigte Scheine über den Reisegeld sind unbedingt erforderlich. . . .

Kann er diese Regierung als dienstlichen Vorgesetzten nicht anerkennen. Wir wissen nicht, wie sich die preussische Regierung zu diesem absonderlichen Fall stellt, meinen aber, wenn Herr v. Malchow weiter nichts will, als sich einmal ordentlich ausschimpfen, und wenn er im übrigen die ihm erteilten Anordnungen befolgt, so könnte mit diesem Anaben förmlich verfahren werden.

Die Reichsverfassung. Beratung der Kommission.

Am Donnerstag werden die Vertreter der deutschen Freistaaten sich abermals mit dem Verfassungsentwurf des Staatssekretärs des Reichsamt des Innern, Dr. Hugo Preuß, beschäftigen. Diese Aussprache dürfte eine ziemlich weitgehende Übereinstimmung aller Beteiligten über die wesentlichen Punkte des preussischen Entwurfs ergeben. Auch scheint sich eine Mittellinie in den mannigfachen Wünschen und Vorschlägen der Teilnehmer der Konferenz zu finden. Im großen Ganzen darf man annehmen, daß der Verfassungsvorschlag des Staatssekretärs Preuß bereits so an das durch die provisorische Verfassung konstituierte Staatenhaus gelangen wird, daß mit einer grundsätzlichen Zustimmung dieser Körperschaft zum umgestalteten Entwurf gerechnet werden kann. Nimmt das Staatenhaus den umgestalteten preussischen Entwurf an, so geht er umgehend an das Plenum der Nationalversammlung, die in voller Souveränität über sein endgültiges Schicksal zu beschließen hat, d. h. das Staatenhaus hat also nur ein Mitbestimmungsrecht über die Fassung des bei der Nationalversammlung einzubringenden Entwurfs, nicht aber ein Mitbestimmungsrecht bezüglich seiner endgültigen Gestalt.

Der Putsch von Wilhelmshaven.

Aus Wilhelmshaven kommen alarmierende Nachrichten von einem Putsch, der dort von spartakistischen Elementen verübt worden ist. Was immer an diesen Nachrichten richtig oder falsch sein mag, jedenfalls steht fest, daß die Stadt augenblicklich von jedem Verkehr mit dem Reich gewaltam abgeschnitten ist.

Daß die Bevölkerung von Wilhelmshaven nicht spartakistisch gesinnt ist, beweisen die Wahlen zur Nationalversammlung, bereits auch die überaus energische Gegenwirkung, die auf den Versuch der Spartakisten, sich der Gewalt zu bemächtigen, eingetreten ist. Solchen Erscheinungen gegenüber kann immer wieder nur gesagt werden, daß nach sozialdemokratischer Auffassung Minderheiten kein Recht haben, mit Maßnahmengewalt zu regieren und daß Mehrheiten das Recht haben, sich solcher Versuche zu wehren.

Natürlich kann es bei solcher Abwehr zu Ausschreitungen kommen, wie wir sie leider in Berlin erlebt haben. Denn die Mehrheit, die gegen Spartakus steht, setzt sich aus den verschiedensten Elementen zusammen, und die Disziplin, die allein die an sich berechnete Abwehr in den angenommenen Fragen halten kann, ist durch die Revolution erschüttert. Pure Heuchelei ist es, nachher die Regierung und die sozialdemokratische Partei für solche Ausschreitungen verantwortlich zu machen, die sie nach Kräften zu verhindern bestrebt sind und die sie, wenn sie vorgekommen sind, aufs schärfste pervertiert.

Die Partei der Unabhängigen ist dafür verantwortlich, daß nicht durch Erzehe von der einen Seite auch solche von der andern hervorgerufen werden. Wir vermüssen bisher in ihrer Presse jedes klare Bekenntnis zu den demokratischen Grundfragen des sozialdemokratischen Parteiprogramms, jeden auch nur leisen Versuch, durch Rat und Belehrung unüberantwortliche Elemente vor Angriffen auf die Demokratie zurückzuhalten. Man hat sonst eine heilige Scheu vor allem, was gewalttätig ist und revolutionär scheint, obwohl es doch gerade seines gewalttätigen anti-demokratischen Charakters wegen im Grunde genommen konterrevolutionär ist und die Konterrevolution von der anderen Seite begünstigt.

Solange sich die Partei der Unabhängigen ihrer elementaren Pflicht, die ihr naheliegenden Kreise zu Vernunft, Besonnenheit und Achtung vor dem Volkswillen zu mahnen, entzieht, hat sie kein Recht, über die bedauerlichen aber unvermeidlichen Folgen zu klagen, die sich aus spartakistischen Putschversuchen ergeben müssen. Für jeden etwas tiefer nachdenkenden und sittlich stärker empfindenden Menschen wird ihr Gebaren den Stempel der peinlichsten Unehrlichkeit tragen.

Willst du das Ende nicht, so wehre den Anfängen!

Spartakusangriff auf die „Königsberger Volkszeitung“.

Am Sonnabend gegen 2 Uhr nachmittags zogen etwa über 100 meist ganz junge Soldaten durch Königsberg, um gegen den Heimatschutz und für ihre sofortige Entlassung zu demonstrieren. An ihre Spitze stellte sich der Spartakist Otto und veranlaßte sie zu einem Überfall auf die „Königsberger Volkszeitung“. Das große Schaufenster der Buchhandlung wurde mit Stiefeln und der Stange einer roten Fahne böllig zertrümmert. Ebenso die Scheibe der Tür. Dann drangen die Leute in den Laden und verwüsteten, was sie konnten. Bücher wurden sinnlos vernichtet oder auf die Straße gerückt. Als sie hier ihr Räubergelübde und dabei gerufen hatten, das sei die Rache für Liebenow und Rosa Luxemburg, zogen sie vor das General-Kommando, um ihre Entlassung durchzusetzen. Als das nicht gelang, zückten sie wieder vor das Gewerkschaftshaus, in dem sich die „Volkszeitung“ befindet. Sie drangen nun in die Druckerräume, vernichteten den bereits fertigen Teil der Sonntagsnummer und andere Druckerzeugnisse. Wild wie Vandales hausten sie unter dem Papier. Der unabhängige Parteisekretär Donaldies hatte den Eindringlingen vorher zur gütlichen Beruhigung vorgehalten, wie die „Volkszeitung“ kämpfe, um ihnen zu sagen, daß man nur geistig kämpfen dürfe. Ein Seher wurde auch tödlich angegriffen. Die „Volkszeitung“ konnte infolge des Überfalles ihre letzte Nummer am Sonnabend nicht mehr herausbringen. Beschädigungen der Maschinen erfolgten nicht, doch wurde ein neuer Überfall auf das Parteibüro angedroht.

Die Forderungen der baltischen Eisenbahner. Eine Eisenbahnerversammlung in Rannheim am Sonntag, die von 2000 Beamten aus ganz Baden besucht war, verlangt in einer Resolution von der Regierung eine weitere Feuerzulage von 500 M. und stellte der Regierung eine Frist bis zum 31. Januar. Im Falle der Ablehnung solle diese Forderung mit allen zugehörigen stehenden Mitteln durchgesetzt werden. Eine zweite Resolution sprach sich für die Schaffung von Reichseisenbahnen aus.

Gewerkschaftsbewegung

Monatlich 67,20 M.

Dieses horrendo Einkommen haben fast in Jahresjahren stehende „Oberburschen“ bei der Deutschen Bank. Vor Ausbruch des Krieges waren verschiedene unter ihnen noch Burschen und bezogen damals monatlich 45,00 M. Nachdem sie über vier Jahre lang das Vaterland gegen den übermächtigen Feind verteidigt hatten, wurden sie von der Direktion der Deutschen Bank bei ihrer Rückkehr dadurch belohnt, daß sie zu „Oberburschen“ avancierten und 67,20 M. pro Monat erhielten. Die Oberburschen sind nun aber nicht bescheiden genug, um in dieser Zeit mit einem solchen Hungerlohn zufrieden zu sein, sondern haben wiederholt um eine Erhöhung ihrer Bezüge gebeten. Immer sind sie vertrieben worden. Sie erhoffen durch diese Zeilen eine Schärfung des sozialen Bewusstseins der Direktion und wünschen, daß nicht nur ihnen, sondern auch den mit 56 M. honorierten Kollegen eine den Feuerungsverhältnissen entsprechende Zulage gegeben wird. Der Vollständigkeit halber sei mitgeteilt, daß die Voten und Oberboten der Deutschen Bank täglich ein der gegenwärtigen Kriegskost entsprechenden Mittag- und Abendbrot erhalten. Trotzdem reicht das Einkommen von 56 bzw. 67,20 M. pro Monat nicht aus. Und das ist durchaus begreiflich.

In dem Ultimatum an die Mitteldeutsche Kreditbank, das Montag vormittag durch den Aktionärsrat der Direktion übermietet worden ist, bestehen die Angehörigen auf ihrer ursprünglichen Forderung: 2000 M. allen Verheirateten, vor Ausbruch des Krieges im Dienste der Bank tätigen Beamten. 1500 M. allen unverheirateten dergl. Eine angemessene Summe an die während des Krieges eingestellten Angestellten, deren Höhe unter Hinzurechnung des Angehörigen festzusetzen ist.

Sie verlangen außerdem, daß diese Beihilfe wie auch bei den anderen Banken nicht nur den alten Beamten, sondern der Gesamtheit der Beamten, einschließlich derjenigen, denen eine Kündigung zum 1. April d. J. in Aussicht gestellt worden ist, ausbezahlt wird und damit ein künstlich konstruierter Unterschied zwischen den in gleicher Weise stehenden Beamten unterbleibt.

Sie verlangen für alle Angestellten eine Erhöhung von mindestens 100 Proz. des Gehalts, das ein jeder bei Ausbruch des Krieges bezogen hat, mit Rückwirkung vom 1. Januar 1919, und daß den Kriegseingestellten, sowohl Damen wie Herren, denen eine Kündigung zum 1. April 1919 in Aussicht gestellt wurde, ebenfalls eine Gehaltzulage, wenigstens bis zu diesem Termin in Anbetracht der momentanen, wirtschaftlichen Notlage gegeben wird.

Sie ersuchen die Direktion, die Kündigungen der während des Krieges angestellten gelehrten Bankbeamten, selbst wenn diese eingezogen waren, per 1. April 1919 infolge allgemeiner Arbeitslosigkeit auf einen späteren Termin zu verschieben und sich in jedem Fall mit dem Angestelltenrat in Verbindung zu setzen.

Die Entscheidung hat bis zum 29. Januar abends zu erfolgen und ist sofort den Angestellten durch die Vertrauensmänner bekanntzugeben.

Dazu bemerkt der Allgemeine Verband der Deutschen Bankbeamten, daß entgegen der in der Sonntagsausgabe der „V. J. am Mittag“ veröffentlichten Erklärung der Direktion der Mitteldeutschen Kreditbank die heutigen Gehälter bei der Mitteldeutschen Kreditbank nur um 35—50 Proz. höher sind als die Gehälter bei Kriegsausbruch. Gegenüber der gewaltig gestiegenen Teuerung ein ganz unzulässiger Zustand. Der Verband ist der Ansicht, daß sich bei dem nötigen Entgegenkommen seitens der Direktion eine Verständigung unschwer erzielen läßt. Allerdings wird das Bestreben der Direktion, die Solidarität der Beamtenchaft zu durchkreuzen, wie sie dies durch Beeinflussung einzelner Beamten, eine Versammlung einzuberufen, in der gegen einen Streik Stellung genommen werden soll, versucht hat, nur Del ins Feuer gießen. Jedemfalls weis die Beamtenchaft der Mitteldeutschen Kreditbank, daß in dem etwa eintretenden Kompuls die Angestelltenchaft der übrigen Kreditinstitute in solidarischer Einigkeit hinter ihr steht und ist deshalb fest entschlossen, ihre berechtigten Forderungen unter allen Umständen durchzusetzen.

Die Schuld, den Konflikt herausbeschworen zu haben, liegt allein auf Seiten der Direktion, die in der letzten Verhandlung mit dem Betriebsangestelltenrat erklärte, von ihrem Standpunkt nicht abgehen zu können und die weitere Verhandlungen über die ihr vorgetragenen Forderungen mit der Kollektivierung abgelehnt hat, die Zeit sei der Direktion zu losbar, als daß sie immer wieder über die gleichen Punkte mit dem Betriebsangestelltenrat verhandeln könne.

Groß-Berlin

Die Kohlennot.
Vor der Katastrophe.

Der Reichskohlenkommissar gab heute in einer Sitzung einen Überblick über die Lage in den Kohlenrevieren. Sie ist sehr bedrohlich, daß die Katastrophe fast unabwehrbar scheint. Infolge des außerordentlichen Abfalls der Kohlenförderung und fortwährenden Mangels an Wagen sind die verfügbaren Kohlenvorräte auf einen nur noch ganz geringen Betrag gesunken. Die Belegschaften sind zurzeit im Ruhrgebiet ungefähr so stark wie im Frieden, in Oberschlesien sogar noch etwas stärker, aber die Leistungen pro Mann und Schicht sind beträchtlich geringer geworden. In der Lausitz, die besonders für Berlin in Betracht kommt, hat die Belegschaft sich verringert, weil dort Arbeiter fehlen.

Unter den Kohlenverbrauchern ist die Eisenbahn der wichtigste. Ihr Vorrat reicht weithin der Erde knapp 17 Tage, östlich der Erde nur noch knapp 10 Tage. Im einzelnen sind sie sehr ungleich verteilt. Zum Beispiel hat Stettin Vorräte nur noch für 5 Tage. Vielfach hat die Eisenbahnverwaltung die für andere Verbraucher bestimmte Kohle beschlagnahmt. Die Elektrizitätswerke leiden schwer unter Kohlenmangel. Besonders unangenehm wirkt auch, daß die vielen Heberlandzentralen zeitweise stillgelegt sind. Verhängnisvoll kann es für die Landwirtschaft werden, daß die Ernteschaffern infolge Elektrizitätsmangels ihre Produktion stark eingeschränkt haben. Am übelsten sieht es bei den Gaswerken aus. In vielen Großstädten sind Gaspersönungen eingekürzt, die noch ausgedehnter als die für Berlin sind.

Ueber die Versorgung mit Hausbrandkohle wird in diesem Jahre nach Ansicht des Reichskohlenkommissars weniger wie im vorigen Jahre gesagt. Am schlimmsten sieht hier die Ostprovinzen bestellt. Berlin im besonderen hat Kohlenverträge in den Elektrizitätswerken durchschnittlich für noch 10 Tage. Doch sind in den einzelnen Werken die Vorräte sehr verschieden. Berlins Belieferung mit Kohlen ist dadurch gestört worden, daß in Hamburg die dort für Berlin durchkommenden Kohlen vom Arbeiter- und Soldatenrat beschlagnahmt wurden. Kohlen für Berlin nur auf dem Eisenbahnbahnweg zu befördern, wird durch den Mangel an Lokomotiven sehr erschwert.

Es wird für Berlin mit der Möglichkeit einer weiteren Einschränkung der Lieferung von elektrischem Strom gerechnet. Im Augenblick ist es noch nicht nötig, diesen Entschluß zu fassen. Das hängt von der Kohlenzufuhr ab, deren Umfang durch die Kohlenförderung in den Gruben bedingt. Wenn die Maßregel kommen muß, wird sie mit Frist von wenigen Tagen vorher angekündigt werden.

Handlungsgehilfen und Hamsterpresse.

Eine Anzahl Handlungsgehilfen, die ihr langjähriges Zeitschriftchen „Lokalanzeiger“, wegen seiner unterschiedlichen Beschimpfung der Erwerbslosen als Faulenzger für immer losgeworden ist, schildern uns ihre Lage:

Wir, die wir vier Jahre und länger beim Heere gewesen sind, mehrfach verwundet wurden oder unsere Gesundheit, sicher aber unsere Existenz verloren haben, sind dankbar, daß die sozialdemokratische Regierung für die schuldlos Erwerbslosen sorgt. Wenn ein Lediger 42 M. wöchentlich erhält, so war das in Friedenszeiten ein guter Lohn, aber heute, wo ein Hund 50 M., ein Mittagessen wenigstens 2,50—4,00 M., ein Abendbrot 3,50 M., ein Zimmer mit „Küchlein“ monatlich 35 M. kostet, wird wohl jeder zugeben, daß man damit nicht f-udal leben kann. Wenn wollten wir selbst für 200 M. monatlich arbeiten, — aber vergebens. Freilich, wer heute für ein Pfund Butter 33 M., für ein Pfund Speck 24 M., für ein Pfund Kaffee 60 M. zahlen kann, der weiß nicht, was Not ist, sonst würde von den Hamsterblättern gelinder geurteilt werden. Oder will man uns zumuten, die wir teilweise 45 Jahre alt sind und immer Kaufmann waren, auf Land zu gehen, um Kühe, Schweine, Räder und Gänse zu hüten? Wo ist aber sonst die genügende Arbeit, von welcher der „Lokalanzeiger“ zu berichten weiß? Wir sind keine Arbeitsscheue, sondern arbeitsfreudige Menschen und verlangen nichts als Gerechtigkeit!

Für die Interessen der Kriegsgefangenen.

Der Soldatenrat der ehemaligen Kriegsgefangenen hielt am gestrigen Abend eine öffentliche Versammlung ab, in der Professor B. H. M. über Zweck und Ziel der genannten Interessenvertretung referierte. Er erhob die billige Forderung, auf restlose Nachzahlung der Ration an aus der Gefangenschaft zurückkehrende Soldaten sowie auf Anrechnung der in der Gefangenschaft verbrachten Zeit auf die Dienstzeit. Eine weitgehende soziale Fürsorge für die Zurückkehrenden wurde nachdrücklich gefordert und in Einzelheiten begründet. Besonders Gewicht wurde darauf gelegt, daß den in der Gefangenschaft befindlichen Kameraden noch nachträglich das Wahlrecht zur Nationalversammlung und einige ihrer Wahl entsprechende Mandate zugewiesen werden. Im Augenblick schweben hierüber in der Schweiz Verhandlungen mit Vertretern der französischen Regierung, welche genügt sein soll, eine Wahl der Kriegsgefangenen zuzulassen.

Im Anschluß an den Vortrag wurde der Anschluß der Vereinigung an den Volksbund der ehemaligen Kriegs- und Zivilgefangenen besprochen. In der Debatte wurden durch Herrn Schleginger von der Reichszentrale des Roten Kreuzes die bisher im Interesse der Kriegsgefangenen ergriffenen Maßnahmen eingehend geschildert.

Zum Bezug von Militärrenten

schreibt uns das Versorgungsamt des III. Armeekorps:

Infolge Unterbindung des Postverkehrs mit dem vom Feinde besetzten deutschen Gebiete besteht für diejenigen Empfänger von Versorgungsgeheimnissen usw., die jenes Gebiet verlassen und in den Bezirken anderer Versorgungsstellen Wohnung genommen haben, keine Möglichkeit, ihre Versorgungsgeheimnisse usw. in der bisherigen Weise zu empfangen. Zur Vereinfachung dieser Schwierigkeiten wird die Gen.-Mil.-Kasse (M. V. K.) angewiesen werden, den vorstehend näher bezeichneten Empfängern auf Antrag Vorschläge auf die fälligen Geheimnisse usw. zu stellen.

Solche Anträge sind zu richten: a) seitens der pensionierten Offiziere und Beamten an die Pensionsabteilung, b) seitens der Empfänger von Invalidenpensionen und Militärrenten an die Rentenabteilung, c) seitens der Hinterbliebenen von Militärpersonen an die Versorgungsabteilung für Hinterbliebene.

Die Anträge müssen enthalten: Namen (Vor- und Zuname, bei Witwen auch Mädchennamen), letzten Dienstgrad (des Empfängers, bei Hinterbliebenen des verstorbenen Mannes oder Vaters), bisherige Wohnung, zuletzt gültig gemeldete Versorgungsstellenbehörde und zahlende Bestandszahl, bisherige Stammlistennummer und Katastralgemarkung, Höhe der betr. monatlichen Geheimnisse (einzelne Sätze getrennt aufgeführt), Angabe, bis zu welchem Zeitpunkt diese Geheimnisse usw. empfangen sind, Erklärung, daß eine Vollmacht zur Weiterabgabe der Geheimnisse in dem früheren Wohnort durch Angehörige usw. nicht erteilt worden ist, jetzigen Aufenthaltsort unter genauer Wohnungsangabe, Renten- usw. Bescheid, Rentenbuch, Militärpaß sind mit vorzulegen.

Bei einem Einbruch erschossen wurde in der vergangenen Nacht der 31 Jahre alte Kaufherr Fritz Abee, dessen Wohnung unbekannt ist. Abee, der von seiner Frau getrennt lebte, wollte zwischen 12 und 1 Uhr aus dem Grundstück Wilsnader Straße 27 Pferde holen. Als er den Stall ertrah, erlitt er ein Schußmännchen, der sofort eine Streifmannschaft des Regiments Reinhard anrief, um ihn nach der Wunde bringen zu lassen. Abee ergriff die Flucht und blieb auf Anruf nicht stehen. Ein Soldat der Streife schoß deshalb auf ihn und traf ihn so schwer, daß er tot zusammenbrach. Die Leiche wurde beschlagnahmt.

Arbeiterportier! Die Zentralkommission für Sport und Körperpflege, die Zentralfstelle der gesamten deutschen Arbeiterportierverbände, hat mit dem 1. Januar ihre ordentliche Geschäftsstelle wieder eröffnet. Alle Juristen der Arbeiterportierartelle sind an den Sekretär der Zentralfstelle Hermann Reichardt, Berlin S. 59, Herilgrathstr. 4, zu richten.

Von allen Arbeiterportieren erwartet die Zentralfstelle die rechte Propaganda für die Arbeiterportierbewegung, die Wiederaufnahme der Tätigkeit der alten Sportartelle und die Schaffung von neuen Kartellen an allen Orten, an denen mehrere Arbeiterportiervereine bestehen, um eine gemeinsame Arbeit der Vereine zu erzielen. Bei Neugründungen von Kartellen stellt die Zentralfstelle Materialien zur Verfügung.

Die Leitungen der Sportartelle sind verpflichtet, dem Sekretär ihre Adressen mitzuteilen.

Schwerhörige! Unsere Versammlung am Mittwoch, den 22. Januar, war infolge der Einstellung des Straßenbahnverkehrs nur von etwa 20 Personen besucht. Da uns der Direktor der Deutschen Musik-Gesellschaft einen Vielhörer zur Verfügung gestellt hatte, konnten alle dem einstündigen Vortrage des Genossen Lehrer Otto folgen. Reicher Beifall belohnte den Redner für seine klaren Ausführungen. Nachdem dann noch der Direktor der Musikgesellschaft die Einrichtung des Vielhörers und einige andere Vorapparate erläutert hatte, wurde beschloffen, am Mittwoch, den 29. Januar, 7½ Uhr, im Luther-Logeum, Tempelhofer Ufer 2 (am Halleischen Tor), Hof 2 A., eine neue Schwerhörigenversammlung einzuberufen. Es werden alle schwerhörigen Parteigenossen, Gewerkschafter und „Vorwärts“-Leser ersucht, für diese Versammlung recht rege Propaganda zu machen und vollständig zu erscheinen. Neue Mitglieder für die Partei werden aufgenommen.

Groß-Berliner Lebensmittel.

Lebensmittel. 200 Gramm Vorkauf auf Abkühlung 27—28 für Lagerplätze. Der Vorkauf erfolgt in dieser Woche auf Abkühlung 22 der Lebensmittelkarte A. In den bekannten Verkaufsstellen für Hungerkare wird an die dort eingetragenen Kunden auf Nr. 19 der blauen Vorkaufkarte (Nummernauslauf) 1 Oering (55 Pf.) abgegeben.

Janow. Vom Sonnabend ab gelangt in den Kleinhandelsbetrieben, die Ruder auf Pulsgeschäften für Kinder abgeben, für jedes Kind drei Wachsen Nützlichkeit (4 Pf.) zur Ausgabe.

Wund für Mutterhaus-Winterbedarf, Ullandstraße 143, beim und Beratungsstelle: Sprechzeit wöchentlich von 10—1 Uhr, außerdem Dienstag und Freitag abends von 6—8 Uhr.

Verantwortlich für Politik: Erich Gutmer, Berlin; für den übrigen Teil des Blattes: Alfred Scholz, Berlin; für Anzeigen: Theodor Wolff, Berlin. Verlag: Sozialdemokratischer Verlag G. m. b. H., Berlin, Druck: Sozialdemokratischer Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., in Berlin, Lindenstraße 2.

Sanitätskompanie für Nordostschutz
Aerzte und erfahrenes Sanitätspersonal.
Anwerbestelle Baltenland
Berlin, Joachim-Friedrich-Gymnasium,
Kaiserallee, 64c.

Feldbäckerei-Kolonnen
Feldschlächterei-Abteilung für Nordostschutz
Bäcker, Schlächter u. andere Handwerker.
Anwerbestelle Baltenland
Berlin, Joachim-Friedrich-Gymnasium,
Kaiserallee, 64c.

„Seid Menschen!“
Zeitgedichte von Heinrich Ströbel.
Die Zeitgedichte Heinrich Ströbels werden ihr Echo überall
haben, wo der Glaube an eine bessere Zukunft
die Herzen ergreift. Sie sind die besten Zeugnisse
für die deutsche Kultur. Sie sind die besten Zeugnisse
für die deutsche Kultur. Sie sind die besten Zeugnisse
für die deutsche Kultur.

Mitarbeiter gesucht!
Die Deutsche Vereinigung für den Stolpe-Distrikt
sucht eine größere Anzahl gebildeter
deutscher Herren
aller Parteirichtungen, nicht unter 30 Jahre alt, die bereit
wären, nach Anweisung in Posen und Ostpreußen
organisatorisch zu wirken. Ostmärker bevorzugt!
Meldung mit Angabe der Parteistellung, unter Bei-
fügung eines Lebenslaufs, sowie Angabe von Empfehlungen
bitte zu richten an den Geschäftsführer der Deutschen
Vereinigung Geh. Regierungsrat Kleinow, Brom-
berg, Schleimigstr. 18.

Zum Wiederverkauf!
Postkarten mit Bild Volks-Beauftragten
Gruppenbild für den Hausbedarf als Wandgemälde
Probefendungen, jedes Quantum sofort lieferbar.
C. Hausschild, Altenburg, S.-A.

Schmierseife - Erwas-Reinigungspaste.
C. Hausschild, Altenburg, S.-A.

Die in der ersten
Ausgabe enthaltenen
Anzeigen sind durch
den Druckfehler
ausgeschlossen.
Der Verleger
H. Schöndel

Aufruf
an ehemalige Angehörige
des Reserve-Infanterie-Reg. 64.
Das R.-I. R. 64 ist für den Wiederbeginn bestimmt.
An alle ehemaligen Angehörigen dieses Infanterie-Regiments
richtet sich der Aufruf zum Schluss der Kriegsdienste
und der Teilnahme an den Kriegsdiensten.

Achtung, Markthändler!
Ia Bohrnaste
Franz Spengler, Berlin

Spengler's
Patent-
Sicherheits-
Schlösser
Franz Spengler, Berlin

Karneval-u. Vereinsartikel
Kopfbekleidungen, Verlosungsartikel, Jux-
und Scherzartikel, Luftschlangen, Konfetti,
Anstecksträuße, Knallbambon etc.
Pohl & Weber Nachf., Spittelmarkt 4-7 I.

Verkaufe
Kleider, Hüte, Schuhe, etc.
Kleider, Hüte, Schuhe, etc.
Kleider, Hüte, Schuhe, etc.

Möbel-Geh. im Ober-
Kleider, Hüte, Schuhe, etc.
Kleider, Hüte, Schuhe, etc.

Musikinstrumente
Kleider, Hüte, Schuhe, etc.
Kleider, Hüte, Schuhe, etc.

Unterricht
Kleider, Hüte, Schuhe, etc.
Kleider, Hüte, Schuhe, etc.

Arbeitsmarkt
Kleider, Hüte, Schuhe, etc.
Kleider, Hüte, Schuhe, etc.

Verkaufe
Kleider, Hüte, Schuhe, etc.
Kleider, Hüte, Schuhe, etc.

Musikinstrumente
Kleider, Hüte, Schuhe, etc.
Kleider, Hüte, Schuhe, etc.

Unterricht
Kleider, Hüte, Schuhe, etc.
Kleider, Hüte, Schuhe, etc.

Arbeitsmarkt
Kleider, Hüte, Schuhe, etc.
Kleider, Hüte, Schuhe, etc.

Arbeitsmarkt
Kleider, Hüte, Schuhe, etc.
Kleider, Hüte, Schuhe, etc.

Verkaufe
Kleider, Hüte, Schuhe, etc.
Kleider, Hüte, Schuhe, etc.

Musikinstrumente
Kleider, Hüte, Schuhe, etc.
Kleider, Hüte, Schuhe, etc.

Unterricht
Kleider, Hüte, Schuhe, etc.
Kleider, Hüte, Schuhe, etc.

Arbeitsmarkt
Kleider, Hüte, Schuhe, etc.
Kleider, Hüte, Schuhe, etc.

Arbeitsmarkt
Kleider, Hüte, Schuhe, etc.
Kleider, Hüte, Schuhe, etc.